

<b>Zeitschrift:</b>	ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerische Offiziersgesellschaft
<b>Band:</b>	189 (2023)
<b>Heft:</b>	10
<b>Vorwort:</b>	Die Schuldenbremse darf die Armee nicht auf dem Pannenstreifen belassen
<b>Autor:</b>	Brändli, Christian

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 09.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Schuldenbremse darf die Armee nicht auf dem Pannenstreifen belassen

Liebe Leserin, lieber Leser

Im Sommer 2022 haben National- und Ständerat angesichts des Ukraine-Krieges eine massive Erhöhung des Armeebudgets beschlossen. Bis 2030 soll der Bund die Ausgaben für die Landesverteidigung auf ein Prozent des BIP erhöhen. Die Politiker hatten erkannt, dass die Armee, das wichtigste sicherheitspolitische Instrument, nicht mehr in der Lage war, ihren Hauptauftrag erfüllen zu können. Über Jahre war ihr zunehmend der nötige finanzielle Betriebsstoff entzogen worden. Zurück blieb eine Armee mit beträchtlichen Standschäden.

Mit dem zusätzlichen Geld wollte das Parlament die Armee wieder in die Gänge bringen. Doch bereits Anfang 2023 streute der Bundesrat Sand ins Getriebe. Um die Finanzen im Lot zu halten, beschloss er unter anderem, das Wachstum der Armeeausgaben zu drosseln. So sollen sie von heute 5,5 lediglich auf 7,8 Milliarden Franken im Jahr 2030 steigen. Würde die Vorgabe des Parlaments eingehalten, müssten es eigentlich 9,5 Milliarden sein. Das von den Räten vorgegebene Fahrziel von einem Prozent des BIP hat der Bundesrat auf 2035 hinausgeschoben.

Wie sich nun langsam zeigt, stehen die Vorzeichen schlecht, dass das Parlament in Bern in der kommenden Budgetdebatte seinen vor einem Jahr eingestellten Fahrtenschreiber im Auge behält. Ein Indiz dafür ist die jüngst erfolgte Verschiebung des Vorstosses von SVP-Ständerat Werner Salzmann, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates. Er verlangt, dass der Finanzierungsauftrag des Parlaments vom letzten Jahr so umgesetzt wird, wie er erteilt worden ist. Seine Gspändli im Rat wollten sich aber zum offenbar heiklen Vorstoss noch nicht festlegen, und haben das Thema zunächst einmal an die Finanzkommission weitergereicht. Die Bürgerlichen stehen angesichts der prekären Finanzlage nämlich vor einem Dilemma: Ist der rasche Aufwuchs der Streitkräfte oder die wirtschaftliche Prosperität, sprich die Einhaltung der Schuldenbremse, wichtiger?

Es steht ein Gerangel um die Bundesfinanzen bevor. Der Anteil der nicht gebundenen Ausgaben ist beschränkt. Neben der Armee gehören etwa die Landwirtschaft, die Bildung oder die Entwicklungshilfe dazu. Alle verfügen über eine mehr oder weniger starke Lobby in Bern. Und doch wird sich eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf ein Prozent des BIP bis 2030 nicht machen lassen ohne Abstriche in den anderen Bereichen. Die Schuldenbremse könnte aber auch mit einer Steuererhöhung umschifft werden. Das wird jedoch genauso



Christian Brändli, Chefredaktor

christian.braendli@asmz.ch

auf Widerstand stossen. So führt der Ausweg aus dem Dilemma vielleicht doch über die von Salzmann vorgeschlagene Ausnahmeklausel fürs Armeebudget. Er plädiert dafür, die Aufwuchskosten als ausserordentlichen Aufwand zu deklarieren, um sie trotz Schuldenbremse im Finanzplan unterbringen zu können. Schliesslich gelte es, auf eine aussergewöhnliche sicherheitspolitische Herausforderung zu reagieren. Der Bundesrat sieht das anders und ebenso bürgerliche Parlamentarier, die die Schuldenbremse nicht in zu vielen Fällen lösen wollen.

Dabei wäre im Interesse der Sicherheit unseres Landes eine solche Ausnahme fürs Armeebudget angezeigt. Immerhin lässt der Bund heute neben dem Axpo-Rettungsschirm auch die Ausgaben für die Betreuung der Flüchtlinge aus der Ukraine über den ausserordentlichen Haushalt laufen. Die heute lädierte Armee droht ohne diesen Investitionsschub auf dem Pannenstreifen stehen zu bleiben. Die Räte sind aufgefordert, die vor einem Jahr eingeschlagene Route fortzusetzen und das Aufwuchstempo wie geplant zu erhöhen.

Einen wichtigen Richtungsentscheid stellt auch die Wahl des Staatssekretärs für Sicherheitspolitik im VBS dar. Der Bundesrat hat Jean-Daniel Ruch zum ersten Chef dieses neuen Staatssekretariats ernannt (siehe Seiten 33 und 48). Als profunder Kenner des sicherheitspolitischen Systems der Schweiz und des Auslands, aufgrund seiner operativen und strategischen Führungserfahrung sowie seiner Aus- und Weiterbildung, dürfte er eine sehr gute Besetzung für diesen herausfordernden Job sein.

Ausbildung ist auch das Stichwort für den Schwerpunkt in diesem Heft. Dies fängt an mit der Rekrutierung, wo die richtigen Leute für die passende Ausbildung ausgesucht werden müssen. Es geht weiter über das Trainieren der erfolgversprechenden Einsatzverfahren in der Verteidigung, der richtigen Wahl der Lehrmittel bis hin zur Führungsausbildung, bei der es darum geht, im Einsatz bestehen zu können. Nicht fehlen darf dabei auch ein Blick auf die Folgen destruktiver Führung. Diese bremst nicht nur die Truppe, sondern kann bis zu einem Scheitern im Ernstfall führen.

Ein solches Scheitern kann auch der Armee drohen, wenn sie nicht über die nötigen Mittel verfügt. Daher nochmals: Fuss weg von der Schuldenbremse, damit die Armee wirklich Fahrt aufnehmen kann.